

KOMMENTAR



Peter Reinhardt
bilanziert den
EnBW-Ausschuss

Die Grenzen des Parlaments

Der Wiedereinstieg des Landes Baden-Württemberg beim Stromkonzern EnBW ist ein abschreckendes Lehrstück, wie Politik in der Demokratie nicht geht. Dieses Sittengemälde hat der Untersuchungsausschuss in beeindruckender Weise herausgearbeitet. Da hat ein selbstherrlicher Ministerpräsident gemeinsam mit einem befreundeten Investmentbanker gedealt und ein Milliardengeschäft mit Steuergeldern an den eigenen Parteifreunden, dem Parlament und der Verwaltung vorbei gemacht. Nach dreieinhalb Jahren müssen sich die Christdemokraten schon fragen, wie sie es so weit kommen lassen konnten.

An die Grenzen der parlamentarischen Aufklärung ist der Ausschuss bei der nachträglichen Ermittlung des Kaufpreises gekommen. Mittlerweile gibt es dazu ein halbes Dutzend Gutachten, die sich widersprechen. Klären kann das nur das Schiedsgericht. Den schlechten Ruf der Branche haben die Investmentbanker von Morgan Stanley mit ihren Trickserien bei der Wertermittlung erneut bestätigt. Die renommierte Kanzlei Gleiss Lutz verdiente sich mit ihrer Beratung in diesem Fall das Prädikat peinlich. Allerdings können sich die damals Verantwortlichen mit den Fehlern der Anwälte nicht aus der eigenen Verantwortung stehlen. Dass ein solcher Deal ohne Landtag unmöglich ist, sollte jeder Politiker ohne Berater wissen.

Natürlich geht es in einem solchen Ausschuss auch um politische Vorteile. Die CDU ist auf Distanz zu Mappus gegangen, der aber weiterhin seine Fans in der Landtagsfraktion hat. Auf der anderen Seite hat Grün-Rot die tatsächlichen Ergebnisse des Ausschusses arg verklärt.

Weinbau: In Stuttgart wurden Blätter von Reben gestohlen

Blätter weg, Winzer sauer



Stein des Anstoßes: Fast völlig entlaubte Zweige von Rebstöcken

BILD: DPA

WEINSBERG. Der Diebstahl Tausender Weinblätter von Stuttgarter Reben gibt den Ermittlern Rätsel auf – und verärgert Weinbauern im Südwesten. „Wir finden das überhaupt nicht witzig“, sagte der Geschäftsführer des Weinbauverbandes Württemberg, Werner Bader, gestern in Weinsberg (Landkreis Heilbronn). „Die Blätter sind für die Zuckerproduktion der Traube nötig.“ Weinblattdiebstahl sei in Baden-Württemberg zwar kein Massenphänomen, komme aber immer wieder vor.

Zwischen Samstag und Montag hatten Unbekannte in einem Stuttgarter Weinberg an etwa 1200 Weinstöcken Blätter abgerissen – Bader vermutet, dass daraus Speisen hergestellt werden sollen. „Ich glaube nicht, dass es aus Spaß geschieht. Das ist für manche Leute ein kulinarisches Highlight.“ Wegen der aufgetragenen Pflanzenschutzmittel seien Blätter der Rebstöcke aber derzeit nicht sehr bekömmlich. Sie könnten zum Beispiel Übelkeit verursachen, betonte Bader.

lsu



Baden-Württembergs Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus dürfte durch seinen Rückkauf von EnBW-Aktien noch lange für Schlagzeilen sorgen.

BILD: DPA

EnBW-Deal: Investmentbank setzte Firmenwert unter Kaufpreis an / Parteienstreit geht im Abschlussbericht weiter

Zum Schluss noch ein Knaller

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

STUTTGART. Die Investmentbank Morgan Stanley ging in ihren internen Berechnungen von einem Aktienwert der EnBW aus, der deutlich niedriger als der später vereinbarte Preis war. Beim Rückkauf zahlte der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus 41,50 Euro je Aktie. Die Bank hatte vor Beginn der Verhandlungen im November 2010 einen Wert von 35 Euro ermittelt. „Wir schließen daraus, dass sich Stefan Mappus den Preis von der EdF diktieren ließ“, heißt es in der gemeinsamen Bewertung von Grünen und SPD für den EnBW-Ausschuss. „Außerordentlich kritisch“ sieht auch CDU-Obmann Alexander Throm diese Differenz.

Es ist eine kleine Sensation, die der Untersuchungsausschuss in seiner 30. und letzten Sitzung präsentiert. Morgan Stanley hatte sich vor Gericht in zwei Instanzen gegen die Herausgabe dieser Unterlagen gewehrt. „Jetzt wissen wir, warum“, sagt Throm. Erst im Februar hatte der Ausschuss diese Akten erhalten. Der CDU-Mann: „Morgan Stanley hat da Erklärungsbedarf.“

Für Grünen-Obmann Uli Sckerl ist die interne Wertermittlung von Morgan Stanley ein weiterer Beleg, dass die von Mappus für das EnBW-

Wie es weitergeht

■ Der **Abschlussbericht** des Untersuchungsausschusses ist **nur eine Etappe** in der andauernden Aufarbeitung des milliardenschweren Aktienkaufs durch das Land Baden-Württemberg.

■ Die **Stuttgarter Staatsanwaltschaft** ermittelt gegen Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) wegen Untreue. Es geht um den Ver-

Aktienpaket insgesamt gezahlten 4,7 Milliarden Euro deutlich zu viel waren. Auf rund 35 Euro je Aktie seien ja auch der von der grün-roten Regierung bestellte Gutachter Martin Jonas und der Münchner Finanzwissenschaftler Wolfgang Ballwieser im Auftrag der Staatsanwaltschaft Stuttgart gekommen. Auf dieser Basis verlangt das Land rund 830 Millionen Euro zurück. Sckerl: „Die Schiedsklage ist berechtigt.“

Kaufpreis bleibt strittig

CDU und FDP halten trotz der neuen Zahlen den Kaufpreis für angemessen. Der von Jonas und Ballwieser errechnete Unternehmenswert besteht nach Throms Ansicht den Plausibilitätstest nicht. Der FDP-Abgeordnete Andreas Glück betont: „Trotz aller Anstrengungen gibt es

keinen eindeutigen Nachweis, dass für das Land ein Schaden entstanden ist.“ Glück bietet Sckerl eine Kiste Rotwein als Wette an, „dass die Schiedsklage den Bach runter geht“. Mappus wirft Grün-Rot vor, der Ausschuss habe keine Beweise für einen überkauften Ankauf geliefert.

■ Neben den strafrechtlichen Ermittlungen gibt es die **Zivilklage der grün-roten Landesregierung**, die vom Verkäufer EdF 830 Millionen Euro zurückholen will. Der Konzern hat eine Gegenklage eingereicht. *pre*

keinen eindeutigen Nachweis, dass für das Land ein Schaden entstanden ist.“ Glück bietet Sckerl eine Kiste Rotwein als Wette an, „dass die Schiedsklage den Bach runter geht“. Mappus wirft Grün-Rot vor, der Ausschuss habe keine Beweise für einen überkauften Ankauf geliefert.

Grüne und SPD sehen in ihrer 43-seitigen Bewertung die Hauptschuld für die Fehler bei Mappus. Seinem Freund und Berater Dirk Notheis, damals Deutschlandchef von Morgan Stanley, habe er „blind vertraut“. Mappus habe „sich in Gutsherrenart über das Parlament hinweggesetzt“ und „ohne nähere wirtschaftliche Prüfung einen Energiekonzern im Umbruch erworben“. Grüne und SPD werfen dem Ex-Regierungschef vor, er habe „nebenbei Teile des Vermögens des Landes an

ihm freundschaftlich gesinnte Seilschaften verteilt“.

SPD-Obmann Sascha Binder stellt „ohne schlechtes Gewissen fest, dass Mappus und Notheis Baden-Württemberg wie eine Bananenrepublik regiert haben“. Die CDU habe das damals bejubelt und später die Aufklärung im Untersuchungsausschuss behindert. Entsprechend ausführlich behandeln er und Sckerl die Mausechelen von CDU-Leuten mit Mappus, die mit Rücktritten des Ausschussvorsitzenden Ulrich Müller und Obmann Volker Schebesta endeten.

Nachdem Mappus 2011 abgewählt und der Deal im gleichen Jahr vom Staatsgerichtshof als verfassungswidrig beurteilt wurde, finden alle Parteien wenig Raum für politische Konsequenzen. Ziemlich einhellig fordern alle vier Parteien eine Überarbeitung des Untersuchungsausschusses, um die Vorschriften der heutigen Praxis anzupassen. Grün-Rot will außerdem den Rechnungshof stärken. Die Kontrolleure sollten zu Unternehmenskäufen des Landes künftig Stellung nehmen.

Abschließend wird das Plenum des Landtags über den Milliardendeal diskutieren. Die Debatte ist für den 26. Juni geplant.

 **Dossier unter**
morgenweb.de/suedwest

IN KÜRZE

Schmid Schirmherr des CSD

STUTTGART. Baden-Württembergs Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid (SPD) unterstützt in diesem Sommer den Christopher Street Day (CSD) in Stuttgart. Er habe die Schirmherrschaft für die Veranstaltung vom 18. bis 27. Juli unter dem Motto „Wir machen Aufruhr!“ übernommen, teilte die Interessengemeinschaft CSD gestern mit. Diskriminierung und Intoleranz brächten auch ihn in Aufruhr, sagte Schmid einer Mitteilung der Organisatoren zufolge. *lsu*

Pöbeleien gegen Flüchtlinge?

BADENHEIM. Die Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen denkt nach Pöbeleien gegen iranische Flüchtlinge im rheinhessischen Badenheim über eine Strafanzeige gegen deren Nachbarn nach. Zunächst müsse aber geschaut werden, ob es belastbare Aussagen von Zeugen gebe, die angebliche Nazi-parolen des Nachbarn gehört hätten, sagte Bürgermeister Manfred Scherer. Der Nachbar soll über Monate ein iranisches Ehepaar schikaniert haben. *lrs*

AUFGELESEN

Das Klischee vom sparsamen Schwaben

scheint zu stimmen: Baden-Württemberger legen nach Angaben des Statistischen Landesamtes so viel Geld auf die hohe Kante wie keine anderen Bundesbürger. Das geht aus den **Daten zu Konsumausgaben und Sparverhalten** der privaten Haushalte 2012 hervor. Demnach sparten Privatleute im Südwesten mit insgesamt fast 29 Milliarden Euro 2,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Das sind 2660 Euro pro Kopf und damit etwa 12 Prozent des verfügbaren Einkommens. *lsu*

Mehr Geld für Abgeordnete

STUTTGART. Die 138 Abgeordneten des baden-württembergischen Landtags bekommen mehr Geld. Die Entschädigung für die Parlamentarier steigt zum 1. Juli um 1,26 Prozent auf 7290 Euro pro Monat, wie die Pressestelle gestern mitteilte. Außerdem werden auch die Kostenpauschale und der Vorsorgebeitrag erhöht. Die Kostenpauschale wird demnach um 1,7 Prozent auf 1533 Euro pro Monat erhöht, der Vorsorgebeitrag um 2,59 Prozent auf 1628 Euro. *lsu*

Auto brennt an Ampel aus

KAISERSLAUTERN. Schock für einen Autofahrer in Kaiserslautern: Beim Halt an einer Ampel machten Zeugen ihn darauf aufmerksam, dass unter seinem Wagen Flammen hervor schlugen. Der Mann stieg aus und musste mit ansehen, wie sein Kombi komplett ausbrannte. *lrs*

Freizeit: Radfahrer sehen sich zu Unrecht an den Pranger gestellt

Zwei-Meter-Regel bleibt strittig

Von unserem Korrespondenten
Michael Schwarz

STUTTGART. Es ist ein Thema, das die Gemüter erhitzt. „Wir sind keine Waldbesucher zweiter Klasse“, sagt Hans Lutz, Präsident des Württembergischen Radsportverbands. Lutz sieht die Radfahrer im Südwesten zu Unrecht an den Pranger gestellt, was er dem Petitionsausschuss im Stuttgarter Landtag gestern auch in aller Deutlichkeit vermittelte. Hintergrund ist eine Online-Petition, die von 58210 Radfahrern unterschrieben wurde. Sie wollen erreichen, dass Paragraph 37 des Landesforstgesetzes geändert wird. In diesem steht geschrieben, dass Waldwege mit weniger als zwei Metern Breite für Radfahrer tabu sind. „Diese Regel nötigt zum Gesetzesbruch“, sagt Lutz.

85 000 Kilometer Waldwege

Dass sich Tilman Kluge vom Bundesvorstand der Deutschen Initiative Mountainbike dieser Forderung anschließt, überrascht nicht. Kluge hält die Regelung sogar für „verfassungsrechtlich angreifbar“ und in der Realität nicht umsetzbar. „Das Gesetz wird doch überhaupt nicht vollzogen. Deswegen taugt es auch

nichts“, erklärt er. Die beim Verstoß vorgesehenen Bußgelder in Höhe von 25 bis 40 Euro würden im Prinzip nie verhängt. „Wo kein Kläger, da kein Richter“, meint auch Rainer Ehret, Vorsitzender des Landesnaturschutzverbands. Ehret gibt sich kompromissbereit, warnt jedoch vor einer Spaltung und will jedem „das Recht einräumen, den Wald zu nutzen“.



Viele Radfahren nehmen im Wald gerne die schmalen Pfade.

BILD: DPA

Bildung: Gesetzentwurf sieht flexible Regelung vor

Grün-Rot setzt auf Ausbau von Ganztagsschulen

STUTTGART. Die Landesregierung hat den Ausbau von Ganztagsschulen ab dem kommenden Schuljahr auf den Weg gebracht. Ganztagschulen seien pädagogisch sinnvoll, sagte Kultusminister Andreas Stoch (SPD), der den Gesetzesentwurf dazu gestern in den baden-württembergischen Landtag einbrachte. „Wir können und wollen diese aber nicht von oben verordnen oder aufzwingen.“ Damit griff Stoch der Kritik der Opposition vor: Georg Wacker (CDU) mahnte, die Ganztagschule dürfe nicht durch die Hintertür verpflichtend für alle eingeführt werden. Die FDP bezweifelt die Wahlfreiheit im Gesetzesentwurf.

Der Entwurf sieht eine flexible Regelung vor: Grundschulen und Grundstufen von Förderschulen sollen künftig an drei oder vier Tagen Ganztagsbetrieb mit sieben oder acht Zeitstunden anbieten können. Dafür erhalten die Schulen zwischen sechs und zwölf zusätzliche Lehrerwochenstunden – je nach der Dauer des Ganztagsbetriebs. Schulen können die ganztägige Betreuung verpflichtend für alle Schüler oder wahlweise einrichten.

Das Vorhaben der Landesregierung stößt im Grunde fraktionsübergreifend auf Zustimmung. Es bestehe gar kein Zweifel daran, dass man sich über den Ausbau der Ganztagschulen einig sei, sagte Wacker. FDP-Politiker Timm Kern betonte: „Den Ausbau der Ganztagschule gilt es beherzt anzugehen.“ Dennoch müsse die Landesregierung noch grundlegende Antworten geben. Wacker fragte: „Wohin gehen die Kinder, die nicht an eine Ganztagschule wollen? Welche Planungssicherheit gewähren Sie?“ Die Eltern wollten ein flächendeckendes Ganztagsangebot, sagte er. Aber es müsse eben ein freiwilliges sein.

Für mehr Bildungsgerechtigkeit

„Mehr Flexibilität geht doch gar nicht“, bekräftigte Klaus Käppeler (SPD). Sandra Boser (Grüne) betonte, man wolle den Bedürfnissen der Familien entgegen kommen. Um eine Akzeptanz in der Fläche zu schaffen, Bildungsgerechtigkeit zu verbessern und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, müsse aber ein entsprechendes Angebot her. *lsu*